Stadt Leipzig
Ratsversammlung - V. Wahlperiode
Migrantenbeirat

29.11.2013

F E S T L E G U N G S P R O T O K O L L
der öffentlichen Sitzung des Migrantenbeirates

Datum:	15.11.2013
Ort:	Neues Rathaus, Zimmer 259
Zeit:	16:00 - 19:45 Uhr
Sitzungsleitung:	Herr Hassan Zeinel Abidine
Anwesenheit:	*siehe Anwesenheitsliste*
Protokoll:	Frau Sabine Maruschke

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung, Protokollkontrolle

Der Vorsitzende Herr Zeinel Abidine begrüßt die anwesenden Mitglieder und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind elf Mitglieder anwesend, drei Mitglieder kommen später hinzu, zwei Mitglieder verlassen die Sitzung vorzeitig. Die Einladung mit der Tagesordnung ist allen Mitgliedern rechtzeitig zugegangen. Die Mitglieder sind mit der Tagesordnung einschließlich der beiden Nachträge einverstanden. Die Protokollkontrolle erfolgt für die Protokolle der Sitzung am 06.09.2013 und der Sondersitzung am 11.10.2013. Es bestehen keine Änderungswünsche.

TOP 2 Diskussion über den Prüfauftrag des Migrantenbeirats zur direkten Wahl seiner Mitglieder (DS Nr. V/3124)
Gäste: Herr Marc Lalonde, Vorsitzender des Ausländerbeirates Dresden und Koordinator des Sächsischen Migrantenbeirates, Herr Nabil Yacoub, ehemaliger Geschäftsführer des Ausländerrates Dresden e. V. und Sprecher des Sächsischen Migrantenbeirates

Herr Lalonde setzt sich in seinem Beitrag mit den Argumenten gegen eine direkte Wahl der Mitglieder des Ausländer-/ Migrantenbeirates auseinander (Kosten, Kompliziertheit des Gesamtvorgangs, Konflikte auf Grund konkurrierender Interessen). Herr Yacoub berichtet über die Entstehung des Ausländerbeirates Dresden von der Vorgeschichte und der Gründung 1996 bis hin zur Entscheidung in 2013, dass die Sitzungen prinzipiell öffentlich sind. Aktives und passives Wahlrecht im Hinblick auf den Ausländerbeirat Dresden haben alle in Dresden lebenden Ausländer einschließlich der Asylbewerber sowie eingebürgerte Migranten.

TOP 3 Thema „Schüler/-innen mit Migrationshintergrund in Leipzig“
Gäste: Frau Dr. Mäkert, Sächsische Bildungsagentur Regionalstelle Leipzig (SBA L) und Herr Bischof, Stabsstelle „Lernen vor Ort“ / Bildungsmonitoring

Frau Dr. Mäkert berichtet über die stark gestiegene Zahl von Gesprächen zur Besonderen Bildungsberatung für Schüler/innen mit Migrationshintergrund, vor allem in den letzten drei Monaten. Die im Sächsischen Integrationskonzept für Schüler/-innen mit Migrationshintergrund wird durch verschiedene Maßnahmen umgesetzt wie zum Beispiel Vorbereitungsklassen, DaZ-Klassen, Versetzungsregelungen oder die Überarbeitung der Schulordnung für berufliche Schulen.
Durch die Sächsische Bildungsagentur (SBA) erfolgt auch die Begleitung und Beratung der Betreuungslehrer/-innen für Schüler/-innen mit Migrationshintergrund in den DaZ- und Vorbereitungsklassen sowie die Beratung und Betreuung der Lehrer/-innen für den Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU).

Über das Schulportal haben alle Schulen eine Übersicht über die HSU-Angebote erhalten, deren Qualität von der SBA überprüft wird.
Die Mitglieder des Migrantenbeirates begrüßen die im HSU vertretenen Sprachen und das Stattfinden des HSU in schulischen Räumen und fragen nach dem Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlern bei der Bildungsberatung. Frau Dr. Mäkert führt aus, dass in diesen Gesprächen Eltern zum Teil Dolmetscher mitbringen, zum Teil werden die (muttersprachlichen) HSU-Lehrer eingesetzt.
Frau Dr. Mäkert stellt weiterhin die Arbeit des Kompetenzzentrums Sprachliche Bildung und das Projekt Schilf (Schulinterne Fortbildung) vor. Im Hinblick auf Deutsch als Zweitsprache (DaZ) erklärt sie auf Nachfrage, dass an einer Schule bei entsprechenden Schülerzahlen durchaus auch zwei DaZ-Klassen möglich sind.

Herr Bischof, der das kommunale Bildungsmonitoring vertritt, spricht über die Situation von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund in Leipzig. Ihre Zahl wächst stetig, mehr als 50 Prozent von ihnen haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Bemerkenswert ist ein Anteil von 9,9 Prozent von Schülern mit Migrationshintergrund in den Förderschulen der Stadt. Nach Auffassung der Mitglieder des Migrantenbeirates ist eine Versetzung in eine Förderschule nicht immer gerechtfertigt, sondern oft das Ergebnis fehlender Bereitschaft an anderen Schulen, Lösungen für Herausforderungen infolge fehlender Deutschkenntnisse oder noch nicht vorhandener Schulkenntnisse zu suchen und umzusetzen.

Bei der Ausstellung der Bildungsempfehlung wird ein Migrationshintergrund nicht erfasst, daher gibt es keine Angaben zum Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund bei den jeweiligen Schulübergängen. Die Gruppe der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund weist eine starke Differenzierung auf.

Auf Nachfrage erläutert Herr Bischof, dass sein Ressort keine Handlungsempfehlungen gibt, sondern eine Situationsbeschreibung mit Zahlen erstellt, die für andere Institutionen eine Entscheidungsgrundlage darstellen. Zuständig ist in diesem Fall nicht die Stadt, sondern das Kultusministerium.

TOP 4 Vergabe von Fördermitteln durch das Referat für Migration und Integration im Haushaltsjahr 2014

Herr Gugutschkow erläutert zu Beginn kurz das Antragsverfahren. Anschließend wird für jeden Antrag abgefragt, ob es Nachfragen oder Einwände gibt. Zu Antrag 5 (Institutionelle Förderung des Flüchtlingsrates für das Interkulturelle Zentrum) wird nachgefragt, ob es alternative Fördermöglichkeiten gibt. Diese Frage wird von Herrn Gugutschkow verneint. Zu Antrag 38 (Deutsch-Spanische Spiel- und Familientreffen, Antragsteller: Deutsch-Spanische Freundschaft) wird nachgefragt, warum dieses Projekt nicht gefördert wird. Herr Gugutschkow informiert, dass im Antrag Präsenz-Honorare zur Absicherung der Vereinsarbeit beantragt werden, die laut Förderrichtlinie nicht förderfähig sind.

Alle Anträge werden einzeln votiert und bestätigt. Eine Liste „Votum des Migrantenbeirates zum Verwaltungsvorschlag Fördermittelvergabe 2014“ liegt dem Protokoll als Anlage bei.

TOP 5 Vorlage DS V/2833: Überplanmäßige Aufwendungen 2013 gem. § 79 (1) SächsGemO und Eckwertbereinigung 2014 in der Budgeteinheit 50_313_ZW - Hilfen für Asylbewerber Umsetzung des Konzeptes „Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Leipzig“ (RBV-1293/12): Sicherheitskonzepte; Ausführungsbeschluss für Bewachungsleistungen in Unterkünften für gemeinschaftliches Wohnen von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen
Einbringung durch: Herrn Walther, Projektleiter Asyl im Sozialamt

Herr Walther erläutert das Sicherheitskonzept, das das Sozialamt in Abstimmung mit der Polizei, dem Landeskriminalamt, dem Bauordnungsamt, der Branddirektion und dem Gesundheitsamt erstellt hat.
Es wird drei Sicherheits-Kategorien für Gemeinschaftsunterkünfte von Asylbewerbern geben. Die Zuordnung führt zu verschieden intensiven Sicherheitsmaßnahmen. Der Migrantenbeirat hat keine Änderungsvorschläge zum Sicherheitskonzept.

Votum: 14 / - / -

TOP 6 Vorlage DS V/3368: Überplanmäßige Aufwendungen 2013 gem. § 79 (1) SächsGemO und Eckwertbereinigung 2014 in der Budgeteinheit 50_313_ZW - Hilfen für Asylbewerber Fortschreibung des Konzeptes „Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Leipzig“: Beschreibung benötigter Unterbringungskapazitäten aufgrund gestiegener Zuweisungszahlen, Handlungsbedarf zur Sicherstellung der Unterbringung 2013 und 2014, Fertigstellung der Erhaltungsmaßnahmen am Standort Torgauer Straße 290 Einbringung durch: Herrn Walther, Projektleiter Asyl im Sozialamt

Herr Walther führt aus, dass nach einer aktuellen Prognose in Leipzig im Jahr 2013 754 Personen untergebracht werden müssen. Deshalb werden nach wie vor größere Gemeinschaftsunterkünfte benötigt. Die vorhandenen Plätze reichen nicht aus. Vorgeschlagen werden 2 Ersatzneubauten von je 200 Plätzen zur Ablösung der Unterkunft Torgauer Straße bis ca. 2016. Kleinere Häuser sollen beibehalten werden und ihre Kapazität bis zu 100 Personen betragen.

In der Diskussion nehmen Mitglieder des Migrantenbeirates auf die hygienischen Bedingungen in der Unterkunft Torgauer Straße Bezug. Herr Walther führt aus, dass der Betreiber regelmäßig Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchführen lässt, bauartbedingt jedoch ein Befall nicht dauerhaft abgestellt werden kann (Versorgungsschächte). In der Vorlage sei die Fortsetzung der Instandsetzungsmaßnahmen vorgesehen, da das Objekt bewohnbar bleiben muss.

Auf eine weitere Nachfrage im Hinblick auf Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF) erläutert Herr Walther, dass diese in den Zuständigkeitsbereich der Jugendhilfe-Einrichtungen wechseln und dezentral untergebracht werden. Sollten sie das selbst wünschen, werden sie auch in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Herr Hassan Zeinel Abidine stellt folgenden Änderungsantrag:

Die maximale Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte der Kategorie B darf die Zahl von 50 Personen nicht überschreiten.

Begründung:
Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt deutlich, dass eine Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte mit einer höheren Zahl von Personen sehr problematisch ist. Vielmehr beweist die Praxis, dass die Unterbringung kleinerer Gruppen weniger problematisch und zweckdienlicher ist. Nach der Diskussion erfolgt die Abstimmung.

Votum zum Änderungsantrag: 9 / 3 / -

Ein zweiter Änderungsantrag von Herrn Zeinel Abidine wird durch einen von Frau Mandy Gehrt neu formulierten Antrag ersetzt – mit folgendem Wortlaut:

Der Migrantenbeirat fordert die Verwaltung auf, bis März 2014 ein konkret ausformuliertes Konzept für die soziale Betreuung in der Unterkunft Torgauer Str. 290 bis Ende 2016 vorzulegen, in dem die Bereiche allgemeine soziale Beratung, Suchtberatung und Kinderbetreuung abgedeckt werden (inklusive zeitlichem Umfang der jeweiligen Betreuung vor Ort).
In diesem Zusammenhang stellt die Verwaltung in einer Zeitschiene dar, wann und in welchen Schritten der angestrebte Personalschlüssel für soziale Betreuung von 1:50 in Erstunterkünften in der Torgauer Str. erreicht werden soll.

Begründung:
Aufgrund der steigenden Zuweisungszahlen soll die Anzahl der in der Torgauer Str. 290 lebenden Personen auf 390 erhöht werden. Mit der Erhöhung der Personalstellen für soziale Betreuung um eine VzÄ ab November 2013 auf somit 3,2 VzÄ ist lediglich ein Personalschlüssel von 1:120 erreicht. Laut Drucksache V/3368 soll die Unterkunft nun entgegen des Ratsbeschlüssen von 2012 bis Ende 2016 in Betrieb bleiben. Der tragische Todesfall vom Mai diesen Jahres zeigt, dass das bisherige Betreuungskonzept mit Öffnungszeiten von 10 bis 16.00 Uhr nicht ausreichend ist. Eine zusätzliche VzÄ kann nur ein Anfang sein, dazu bedarf es dringend eines neuen Konzeptes für die

Sozialbetreuung in der Massenunterkunft. Aufgrund der steigenden Zuweisungszahlen leben auch viele Familien mit Kindern in der Unterkunft, auch diese sollten während der Zeit ihres Aufenthaltes dort eine angemessene Betreuung erhalten, inklusive spezielle Angebote für Kinder.

Votum zum Änderungsantrag: 8 / 4 / -

Votum zur Vorlage, einschließlich der Änderungsanträge: 12 / - / -

TOP 7 Informationsvorlage Nr. DS V/3372: Umsetzung des Ratsbeschlusses Nr. RB V-1673/13 zur Planung der Ausbildungsplätze für das Ausbildungsjahr 2013/2014 Einbringung durch: Frau Schimansky, Personalamt

Frau Schimansky stellt die Kampagne zur Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund vor. Dazu gehören ein Plakat, das ab 18.11.2013 für zwei Wochen an Litfaßsäulen sehen sein wird. Ein A 3 – Plakat mit gleichem Motiv soll an vielen öffentlichen Stellen aushängen. In Vorbereitung ist ein Internet-Auftritt zur Kampagne auf den Seiten von www.leipzig.de. Informationen für Bewerber, die keinen deutschen Pass haben, sollen in das allgemeine ABC zur Bewerbung aufgenommen werden. Vorgesehen ist weiterhin die Werbung bei Facebook. Indoor-Werbung ist in 24 Schulen (mit einem hohen Anteil von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund), in ca.50 Vereinen sowie im Ordnungsamt und in den Bürgerämtern vorgesehen. Die Kampagne habe auch die Mitarbeiter/-innen des Personalamtes für das Thema Auszubildende mit Migrationshintergrund sensibilisiert.

Die Mitglieder des Migrantenbeirates nehmen die Informationen zur Kenntnis und kommentieren, dass die Kampagne, auch durch die Tatsache, dass auf dem Plakatmotiv tatsächliche Auszubildende der Stadt mit Migrationshintergrund zu sehen sind, sehr authentisch wirkt.

TOP 8: Planung der Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2014

Hierzu wird nicht beraten, der Punkt wird auf die kommende Sitzung am 10.01.2014 verschoben.

TOP 6: Bericht von Frau Coe über ihre Lissabon-Reise

Hierzu wird nicht beraten, der Punkt wird auf die kommende Sitzung am 10.01.2014 verschoben.

TOP 7: Informationen des Migrantenbeirats

Hierzu wird nicht beraten.

TOP 8: Informationen der Geschäftsstelle

Im Auftrag von Herrn Gugutschkow teilt Frau Maruschke mit, dass – nachdem 2 Mitglieder ihren Austritt aus dem Migrantenbeirat erklärt haben – die Geschäftsstelle das Nachrücker-Verfahren ausgelöst hat. Der Fachausschuss Allgemeine Verwaltung wird sich auf seiner Sitzung am 19.11.2013 mit dem Thema befassen.

TOP 9: Themen für die nächste Sitzung am 10.01.2014

Hierzu wird nicht beraten.

TOP 10: Verschiedenes

Hierzu wird nicht beraten.

Zeinel Abidine
Vorsitzender

Maruschke
Protokoll

Votum des Migrantenbeirates
zum Verwaltungsvorschlag zur Fördermittelvergabe 2014:

Antrag Nr.	Gegen-stimmen	Enthaltungen	Befangen-heit	ggf. Alternativ-vorschlag
1	0	0	0	
2	0	0	0	
3	0	0	0	
4	0	0	0	
5	0	0	0	
6	0	0	0	
7	0	0	0	
8	0	0	0	
9	0	0	1	
10	0	0	1	
11	0	0	0	
12	0	0	0	
13	0	0	1	
14	0	0	1	
15	0	0	0	
16	0	0	0	
17	0	0	0	
18	0	0	0	
19	0	0	0	
20	0	0	0	
21	0	0	0	
22	0	0	0	
23	0	0	0	
24	0	0	0	
25	*Antrag wurde v. Antragsteller zurück gezogen*			
26	0	0	0	
27	0	0	0	
28	0	0	0	
29	0	0	0	
30	0	0	0	
31	0	0	0	
32	0	0	0	
33	0	0	0	
34	0	0	0	
35	0	0	0	
36	0	0	0	
37	0	0	0	
38	0	0	0	
39	*Projekt SprInt Leipzig - durch RBV-1458/12 gebunden*			
40	*Projekt SprInt Leipzig - durch RBV-1458/12 gebunden*			
41	0	0	0	
42	0	0	0	
43	0	0	0	
44	0	0	0	